

# Protokoll des Münchner Attac-Plenums vom 7.6.2010

*Protokollant: Hagen*

## **TOP 1: Griechenland und die europäische Krise**

*Vortrag von Konstantinos mit anschließender Diskussion*

Konstantinos widersprach der Behauptung, Griechenland habe sich in die Währungsunion »hingemogelt«: die griechischen Staatsfinanzen wurden vor dem Beitritt von der EU geprüft. Die aktuelle griechische Haushaltskrise wurde durch die Misswirtschaft der Regierung Karamanlis (2004-2009) verursacht und von den Regierungen und Finanzinstituten der westlichen EU-Staaten aus wirtschaftlichen Gründen toleriert. Erst nach dem Regierungswechsel 2009 wurde Griechenland von den übrigen Euro-Ländern zum Sanierungsfall erklärt, der nun durch neoliberale Rezepte kuriert werden soll. Die verordnete Schrumpfkur des griechischen Haushalts erhöht jedoch die Last der Staatsschulden; die Forderungen der deutschen Regierung ruinieren die griechische Wirtschaft und führen zur Verelendung der Bevölkerung. Für die Sanierung des griechischen Bildungs- und Sozialsystems wäre ein kompletter Neuanfang nötig, der jedoch die Einsicht und gemeinsame Anstrengung der Bevölkerung voraussetzt. Ob die Krise in Griechenland nur ein Indikator für eine globale Wirtschaftskrise ist, lässt sich schwer beantworten. In jedem Fall ist sie ein Indikator für mangelnden europäischen Zusammenhalt und den Egoismus der wirtschaftlich stärkeren Staaten.

In der anschließenden Diskussion wurden u. a. folgende Punkte angesprochen:

- Statt aggressivem Wettbewerb sollte die europäische Binnenachfrage gestärkt werden. Die Währungsunion nutzt vor allem den wirtschaftlich starken Staaten.
- Gegenrede: In der EU wird sehr viel Geld umverteilt. Unter den Vorgängerregierungen gab es Korruption, massive strukturelle Fehlplanung und eine ausgeprägte Klientelpolitik.
- Beispiel Argentinien: Nach dem Ende der De-facto-Währungsunion mit den USA folgten durch eine Peso-Abwertung Niedergang und Ausverkauf der Produktion
- Gewerkschaften und kleinere Parteien sind marginalisiert, demonstriert wird eher für den eigenen Vorteil als aus Solidarität. Das Protestpotential an der Basis ist schwach entwickelt.

Schlussplädoyer von Konstantinos: Griechenland sollte lernen, mit den im eigenen Land vorhandenen Mitteln auszukommen, also einen Kurs der De-Globalisierung steuern.

## **TOP 2: Verfassungsbeschwerde gegen das bayerische Versammlungsgesetz**

*Referat von Hedwig*

2006 wurde das Versammlungsrecht zur Ländersache. In Bayern brachte 2008 die (damals allein regierende) CSU ein neues, sehr restriktives Versammlungsgesetz auf den Weg, das auch als Pilotprojekt für Gesetzesverschärfungen in anderen Bundesländern dienen sollte. Dagegen wurde von 13 Organisationen (Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Attac München u. a.) Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht eingelegt, das in einer Eilentscheidung wesentliche Bestandteile außer Kraft setzte. Am 1.6.2010 trat eine modifizierte Version in Kraft, die wesentliche Einwände des BVerfG sowie Forderungen der inzwischen mitregierenden FDP berücksichtigt.

Sämtliche Klageführer (außer der FDP) wollen die Verfassungsbeschwerde jedoch aufrecht erhalten und in das Hauptsacheverfahren eintreten. Die wesentlichen Gründe hierfür sind:

- Auch in anderen Bundesländern sind entsprechende Gesetzesverschärfungen in Arbeit. Eine Grundsatzentscheidung, dass die ursprüngliche Gesetzesfassung insgesamt verfassungswidrig war, hätte hierfür große Bedeutung.

- Auch gegen einige Bestimmungen der neuen Fassung bestehen erhebliche Bedenken (z. B. Anmeldepflicht ab 2 Personen, schwammiges Militanzverbot).

Beschluss: Das Plenum bestätigt einstimmig die Entscheidung des Ko-Kreises, dass Attac München die Verfassungsbeschwerde gegen das bayerische Versammlungsgesetz weiter mitträgt.

### **TOP 3: Demo »Wir zahlen nicht für eure Krise« am 12.6. in Stuttgart und Berlin**

ver.di München organisiert Busse nach Stuttgart; die Fahrt ist für Gewerkschaftsmitglieder kostenlos

### **TOP 4: Gespräche mit politischen Parteien**

Hagen stellte den aktuellen Stand zum folgenden Thema dar:

Attac München liegt das Gesprächsangebot einer Partei vor, das auf dem Mai-Plenum kontrovers diskutiert wurde. Die Hauptargumente für die Annahme dieses Angebots waren:

- Es entspricht dem Selbstverständnis von Attac, mit Vertretern aller demokratischen Parteien zu sprechen.
- Wir wollen unsere Ideen nicht nur in die Zivilgesellschaft, sondern auch in die Parlamente bringen.

Die wichtigsten Argumente dagegen waren:

- Es besteht die Gefahr, dass die Gegenseite unsere Gesprächsbereitschaft zur Eigenwerbung instrumentalisiert.
- Aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse ist ein Gespräch auf Augenhöhe kaum vorstellbar

Vom Plenum wurde jedoch eine Vorbereitungsgruppe eingesetzt, die die interne Diskussion fortgesetzt und folgende Themenvorschläge erarbeitet hat:

- Finanzmärkte / Wirtschaftskrise
- Privatisierung / PPP
- Versammlungsgesetz / Rolle der Zivilgesellschaft

Ein erstes Meinungsbild zur Frage, ob das Gespräch geführt werden soll, ergab überwiegende Zustimmung, aber auch vier Gegenstimmen. Nach einer Diskussionsphase wurde abgestimmt, wobei drei Stimmen gegen das Gespräch und fünf Enthaltungen abgegeben wurden. Der Verfahrensvorschlag, dass sich die Vorbereitungsgruppe weiter trifft und zunächst versucht, unter Einbeziehung von VertreterInnen der unterschiedlichen Positionen den Dissens zu überwinden, wurde ohne Abstimmung akzeptiert.

### **TOP 5: Verschiedenes und Termine**